

Hans Heckel¹

Freiheit oder Zentralismus?

Freiheit oder Zentralismus? – Schon diese Fragestellung würde ein flammender Befürworter einer fortschreitenden Integration der EU und vor allem der Euro-Zone als polemisch zurückweisen. Unser Europa sei schließlich der Garant von Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Im Folgenden möchte ich Ihnen erläutern, warum ich diese behauptete Kongruenz von europäischem Zentralismus und Freiheit für eine Illusion, ja, für bewusste Irreführung halte. Eine Illusion, die sich in den kommenden Monaten und Jahren weiter zunehmend entblättern wird. Im Zuge dieser Entblätterung wird uns der substanziell undemokratische Charakter einer EU und einer Euro-Zone, wie sie sich derzeit entwickeln, immer klarer vor Augen treten.

Immer mehr Zentralismus – demokratisch?

Fortschreitend ziehen europäische Instanzen Kompetenzen von den Nationalstaaten an sich. Ein Prozess, der sich seit Beginn der Euro-Krise noch beschleunigt hat und sich weiter beschleunigen soll, bis hin zu den „Vereinigten Staaten von Europa“.

Die zentrale Frage lautet: Geht hier wirklich Demokratie verloren? Oder wird hier die Demokratie in Europa nur weiterentwickelt?

Wer diese Integration als Verlust von demokratischer Mitbestimmung beklagt, dem wird entgegnet, dass doch auch die EU eine demokratische Struktur habe, somit also gar keine demokratischen Rechte weggenommen, sondern bloß verlagert würden.

Um den demokratischen Charakter der EU unter Beweis zu stellen, führen ihre Verteidiger immerfort das Europäische Parlament an. Dieses Haus sei der Hort der europäischen Demokratie.

Die zweite Frage lautet also: Wie demokratisch ist dieses Parlament eigentlich?

¹ Redakteur Politik/Wirtschaft der Preußischen Allgemeinen Zeitung, schreibt dort den satirisch-informativen „Wochenrückblick“; Vortrag vor der SWG Regio Hamburg am 15.04.2013

Grotesk ungleiches Stimmengewicht

Die Antwort ist ernüchternd: Bei näherer Betrachtung hält diese angebliche Volksvertretung nämlich keiner Demokratie-Prüfung stand. Das beginnt mit der bereits vielfach kritisierten, grob ungerechten Stimmengewichtung.

Um die, vorsichtig ausgedrückt, Eigentümlichkeit der europäischen Verhältnisse herauszuarbeiten, lassen Sie uns zunächst die Regeln für deutsche Bundestagswahlen betrachten.

Um eine ungleiche Gewichtung der Stimmen von Wahlbürgern möglichst gering zu halten, gelten feste Unter- und Obergrenzen für die Zahl der Wahlberechtigten in einem Wahlkreis. Werden diese Grenzen unter- oder überschritten, müssen die Wahlkreise neu geschnitten werden, damit das Gewicht der Stimmen jedes einzelnen Wahlberechtigten in etwa gleich bleibt.

Dazu ist die Bundesrepublik qua Grundgesetz verpflichtet, denn dieses verpflichtet den Staat zur Gewährleistung eines freien, geheimen und GLEICHEN Wahlrechts für alle – und zwar als unverzichtbare Grundlage für das demokratische Gemeinwesen.

In der EU kann davon keine Rede sein: Hier wiegt die Stimme eines einzigen Luxemburgers mehr als die von elf Deutschen. Luxemburg ist mit sechs, Deutschland mit 99 Parlamentariern vertreten.

Hätte ein Luxemburger so wenig Stimmgewicht wie ein Deutscher, wäre das Großherzogtum nicht einmal mit einem einzigen Sitz vertreten, müsste sich den Platz mit angrenzenden Gemeinden in Deutschland, Frankreich oder Belgien teilen oder aber mit dem ähnlich überrepräsentierten Malta.

Bekämen dagegen die Stimmen der deutschen Wähler ebenso viel Gewicht wie die der Luxemburger, müssten mehr als 1000 Deutsche im EU-Parlament sitzen.

Damit fehlt der EU, was in Deutschland ganz selbstverständlich und vom Grundgesetz garantiert ist als unentbehrliches Merkmal einer wirklichen Demokratie: Die Gleichheit des Wahlrechts.

Begründet wird die ungleiche Stimmengewichtung damit, dass die kleine Gruppe der Luxemburger sonst gänzlich majorisiert würde von weit größeren Gruppen wie etwa der Deutschen.

Diese Begründung ist bemerkenswert, denn an anderen Orten der Welt würde eine solche Ungleichheit sofort den energischen Protest der sogenannten Staatengemeinschaft hervorrufen.

Wir erinnern uns etwa an eine Debatte, die zum Ende der Apartheid in Südafrika tobte. Damals schlugen vereinzelte Vertreter der weißen Volksgruppe vor, Minderheiten wie Weißen, Asiaten oder sogenannten Mischlingen ein höheres Stimmgewicht im Parlament einzuräumen, damit sie nicht von der großen Mehrheit der Schwarzen an den Rand gedrängt würden.

Die Reaktion war ein internationaler Sturm der Entrüstung: Damit würde, so hieß es, die Benachteiligung der schwarzen Mehrheit ja fortgesetzt, von „Apartheid light“ war gar die Rede.

„One man, one vote“ lautete die einhellige Losung, unterhalb derer nichts zu machen war. Auch und gerade die Repräsentanten der europäischen Demokratien wiesen das Ansinnen aus der weißen Minderheit Südafrikas harsch zurück.

Für die EU aber soll anderes gelten. „One man, one vote“ gilt bei uns nicht.

Doch wenn eine Übergewichtung von Stimmen zum Schutze von Minderheiten in Südafrika undemokratisch sein soll, wieso soll man sie dann in Europa auf einmal als demokratisch bezeichnen?

In Deutschland, ich erwähnte es, müssen beim Auftreten starker Ungleichgewichtungen die Wahlkreise neu gezogen werden. Ist dies auch für Europa geplant, das, wie es uns immer wieder versprochen wird, doch „noch demokratischer“ werde soll?

Im Gegenteil: Bei den nächsten EU-Wahlen im kommenden Jahr verliert Deutschland sogar noch drei seiner Sitze, die es für das Neumitglied Kroatien räumen muss. Luxemburg dagegen behält alle seine sechs Mandate.

Doch nicht nur die Zusammensetzung des EU-Parlaments spricht demokratischen Maßstäben hohn. Auch die Rechte des Parlaments tun es.

EU-Parlament ohne Parlamentsrechte

In einer Demokratie ist es das natürliche Recht der Volksvertretung, dass die Volksvertreter selbst entscheiden, worüber sie verhandeln und beschließen. Und Volksvertreter bringen die Gesetzesvorschläge ein, die sie für notwendig erachten. Dieses Einbringungsrecht nennt man das „Initiativrecht“.

Auf EU-Ebene jedoch liegt dieses Initiativrecht nicht etwa beim Parlament, sondern bei der Kommission, also quasi der Regierung. So kann dort die Volksvertretung nur in dem Rahmen verhandeln und

beschließen, welchen ihr die EU-Kommission, also die Exekutive zuvor gesetzt hat. Damit ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive de facto ausgehebelt, womit der EU ein zentrales, unentbehrliches Wesensmerkmal einer Demokratie fehlt.

Bei wichtigen Fragen sind die Befugnisse des Parlaments zudem eingewoben in ein kompliziertes Kompetenzgeflecht aus Parlament, EU-Kommission und dem Rat der nationalen Minister. Alles in allem tritt hier das Parlament eher als eine Art Bürgerbeirat mit überwiegend auf Appelle beschränkten Möglichkeiten in Erscheinung, denn als wahre, machtvolle Volksvertretung.

Ist die EU eine Demokratie? Nein, denn sie verfehlt wesentliche Mindestanforderungen für dieses Prädikat.

Denn: Weder ist das EU-Parlament auf demokratische Weise – „one man, one vote“ – zusammengesetzt, noch verfügt es über die für eine Demokratie unentbehrlichen Kompetenzen einer Volksvertretung.

„Demokratisierung“ nicht in Sicht

Politiker wissen um diese Missstände. Und sie wissen auch: Je mehr sich die EU immer dreister in die letzten Kleinigkeiten unseres Lebens mit herrischer Geste einmischt – von der Beleuchtungstechnik im Klo-Häuschen bis zur Geschwindigkeitsbegrenzung Unter den Linden – desto mehr wollen die Bürger wissen, wer da eigentlich entscheidet und vor allem: mit welcher Legitimation überhaupt?

Daher treten Politiker immer wieder mal mit der Forderung ins Rampenlicht, dass die EU „demokratischer und transparenter“ werden müsse. Und warum ist sie das nicht längst? Auf diese Frage hin wird versprochen, dass die Demokratisierung ganz bestimmt nachgeholt werde, sobald Europa erst zu einer, wie es heißt, echten politischen Union geformt sei.

Der Blick zurück lässt solche Appelle und Versprechungen indes äußerst fadenscheinig aussehen: Seit 1979, seit 34 Jahren also, wird das EU-Parlament nun schon von den Bürgern gewählt. Wenn es die Politik in so langer Zeit nicht für nützlich erachtet hat, dem Hause endlich Demokratie einzuhauchen, was sollte uns dann glauben machen, dass sie das nun auf einmal nachholt, ja, dass sie die Demokratisierung der EU überhaupt beabsichtigt?

Ich finde leider keinen Anhaltspunkt für den propagierten Optimismus, und komme daher auf den Titel meines Vortrags zurück: Mehr

Europa, mehr Zentralisierung bedeutet nichts anders, als dass immer mehr Macht von den noch einigermaßen demokratisch zu kontrollierenden nationalen Entscheidungsebenen verlagert wird zu einer EU, die beherrscht ist von kaum oder gar nicht demokratisch legitimierten Gremien.

Gremien, die wiederum umwuchert sind von einem babylonischen Gespinnst machtvoller Lobbygruppen, deren Treiben selbst Insider kaum zu durchdringen vermögen.

Wem es also ernst ist mit der Erhaltung von Demokratie und Freiheit der Bürger und Völker, der kann die weitere Verlagerung von Machtbefugnissen zur EU nur als bedrohlich empfinden.

Daher lautet die Entscheidung, vor der wir stehen, ohne jede Übertreibung tatsächlich:

Freiheit oder Zentralismus?

Euro-Problem beschleunigt undemokratischen Zentralismus

Den Weg in den Zentralismus geht die EU schon seit Jahrzehnten. Allerdings beobachten wir in jüngerer Zeit eine spürbare Beschleunigung des Prozesses.

Warum aber taucht gerade jetzt, vermehrt seit dem vergangenen Jahr, die Forderung nach „mehr Europa“ auf, woher die plötzliche Eile?

Nun, über das Glühbirnenverbot wird gemault, über Geschwindigkeitsbegrenzungen im Zuge einer EU-Feinstaubverordnung gemurrt, über manche EU-Eskapaden wie die berüchtigte Richtlinie zum Krümmungsgrad der Salatgurke wurde gar bloß gelacht. Das alles stellt in den Augen der Eurokraten aber keine existenzielle Gefahr für ihr Projekt dar, da aus solchen Nickeligkeiten kein wirklicher politischer Protest, kein Aufbegehren der Völker keimt.

Doch nun hat sich infolge der Euro-Krise etwas dramatisch geändert: Durch das ökonomische Fiasko der Einheitswährung ist der schwarze Fleck der EU, der sich im Gebilde der Euro-Zone fortsetzt, schlagartig und schmerzhaft ins Bewusstsein der betroffenen Menschen getreten: ihre undemokratische Struktur.

Ganze Völker sehen sich getrieben von grauen Herren, die sich „Troika“ nennen. Männer aus dem Ausland, die zuvor niemand kannte, beherrschen auf einmal ihr Land, treiben die Regierung vor sich her und degradieren die gewählten Volksvertreter zu keifenden, machtlosen Statisten.

Aber auch die Deutschen, denen die Inbesitznahme ihrer Regierungsgewalt durch eine „Troika“ bislang erspart blieb, machen beängstigende Erfahrungen.

Sie erleben, wie ihrem Parlament essentielle Rechte genommen werden, die dann im undurchschaubaren Moloch Brüssel verschwinden, von wo aus weitgehend unbekannte Strippenzieher Macht über uns ausüben.

Das bislang am weitesten gehende Beispiel für diesen Machttransfer ist das Budgetrecht:

Bislang war das Budgetrecht das heiligste Vorrecht der Volksvertretung. Das galt sogar im deutschen Kaiserreich. Dieses Reich wird von Historikern dennoch wohl zu Recht als „halbdemokratisch“ bezeichnet. Halbdemokratisch deshalb, weil die Exekutive, der Kanzler und seine Minister, vom ungewählten Kaiser bestellt wurden und nicht vom Reichstag.

Eines jedoch war selbst damals unstrittig: Über das Budget, das Geld der deutschen Steuerzahler, durfte allein ihre Volksvertretung, der Reichstag entscheiden.

Historisch Bewanderten sind die dramatischen Debatten bekannt zu den Kriegskrediten von 1914. Ohne die Zustimmung der Volksvertreter hätte Kaiser Wilhelm II. keinen einzigen Soldaten zur Verteidigung des Vaterlandes ausrücken lassen können, weil ihm dazu schlicht das Geld gefehlt hätte.

Und wie sieht es heute aus, in Deutschland und der restlichen Euro-Zone? Vergangenes Jahr nickte der Bundestag ein Gesetz ab, in dem sich Deutschland verpflichtet, einem ESM-Gouverneursrat „bedingungslos und unwiderruflich“ auf bloßen Abruf hin gigantische Milliardenbeträge binnen weniger Tage auszuführen. Damit ist dem Budgetrecht des Bundestages der Boden entzogen worden.

Da stellt sich doch die ketzerische Frage: Wenn das Kaiserreich ein nur halbdemokratischer Staat gewesen ist, in was für einem System leben wir dann heute?

„Bedingungslos und unwiderruflich“ – der ESM-Vertrag klingt in den Ohren wie der Text einer Kapitulationserklärung. Und das ist es auch, es ist die Kapitulation der Demokratie. Denn politische Macht ist am Ende immer die Macht über das Geld. Und wo diese Macht dem Volk und seinen frei, gleich und geheim gewählten Vertretern entzogen ist, da wird Demokratie zur Staffage.

Bislang jedoch erscheint diese grundlegende Entrechtung den Deutschen als ein recht abstraktes Problem. Im täglichen Leben spüren sie davon – noch – so gut wie nichts.

In anderen Ländern, die man „Krisenländer“ nennt, ist dies schon ganz anders. Hier wird die Fremdherrschaft der grauen Herren als Besatzungsregime erlebt.

Und das provoziert Reaktionen, welche in Brüssel mit wachsender Unruhe zur Kenntnis genommen werden. Ganze Völker scheinen dem EU- und Euro-Regime zu entgleiten, und bei Weitem nicht mehr nur kleine Nationen. Mit dem Regierungschaos in Italien hat der Aufstand die drittgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone erfasst. Es wird ernst. Daher die nervöse Eile, in welcher jetzt die Integration Europas vorangetrieben werden soll. Der ESM war der erste Schritt zur Schulden-Vergemeinschaftung. Als nächstes werden die sogenannten Euro-Bonds folgen, Staatsanleihen, für die alle Euro-Staaten gemeinsam haften sollen, also vor allem Deutschland.

Vordergründig wehrt sich Bundeskanzlerin Merkel noch dagegen. Für den Analytiker des Londoner „Daily Telegraph“ steht dahinter allerdings bloß Wahlkampfaktik. Nach dem deutschen Urnengang im September werde Merkel einlenken.

Zudem steht die Gründung einer Bankenunion mit gemeinsamer Einlagensicherung an. Damit landen praktisch die Sparguthaben aller Euro-Zonen-Bewohner in einem großen Topf.

Ziel all dieser Manöver ist es, das Entweichen eines Volkes aus dem Euro-System unmöglich oder aber zumindest so teuer zu machen, dass man vor dem Austritt zurückschrecken möge.

Doch eine wachsende Zahl von Europäern wittert die Gefahr, in nahezu allen Euro-Zonen-Ländern erheben sich daher die mächtiger werdenden Absetzbewegungen.

Euro-Versprechen gebrochen

Diese Bewegungen stehen in einem epochalen Wettlauf mit den Euro-Zentralisten.

Deren Versprechen sind alle gebrochen worden, die meisten sind Ihnen bekannt:

Das Versprechen, dass der Euro durch die Maastrichter Stabilitätskriterien eine Kultur gesunder Haushaltsführung in der ganzen Währungszone durchsetzen werde, hat sich als frivoler Witz herausgestellt.

Die Realität lief entgegengesetzt: Das Gefühl, nunmehr eingehegt von einem scheinbar unzerstörbaren Geldsystem unangreifbar zu sein, hat in vielen Ländern zum Verfall des Verantwortungsbewusstseins geführt, zum, wie es börsenenglisch heißt, „Moral Hazard“.

Das Verbot, Schulden des einen Staates den Bürgern eines anderen aufzuhalsen, wurde gleichsam im Vorbeigehen kassiert.

Und was wurde aus dem Versprechen, der Euro fördere den Wohlstand in ganz Euroland? Fragen Sie da mal einen spanischen Jugendlichen. Oder einen deutschen Lebensversicherten, dessen Zukunftsvorsorge unter Euro-bedingt nach unten manipulierten Zinsen an der Sonne der „finanziellen Repression“ dahin schmilzt.

Durch negative Realzinsen wird sein Erspartes klammheimlich enteignet, damit Staaten und Rettungsschirme billiger an Geld kommen und Banken und Regierungen ihre Schulden auf Kosten der Sparer wegschrumpfen können.

Selbst das ordinärste, das kindischste Versprechen, das uns mit dem Euro gegeben wurde, erodiert vor unseren Augen: Auf unsere Naivität spekulierend, wurde den Euro-Völkern vorgegaukelt, was es für einen gewaltigen Fortschritt an Bewegungsfreiheit bedeute, ihr Geld nicht mehr an der Grenze umtauschen zu müssen.

Wie sieht es heute aus? Zyprische Sparer dürfen nur noch streng limitierte Teile ihres Geldes ins Ausland transferieren und noch weniger in bar mitnehmen.

Vor 15 Jahren konnte ein Deutscher seine kleine Ferienimmobilie auf der Mittelmeerinsel verkaufen, dafür bekam er zyprische Pfund, die er in beliebiger Menge nach Deutschland ausführen und in D-Mark umtauschen konnte. Heute sitzt der deutsche Verkäufer mit dem Teil seines Geldes, das nicht enteignet wurde, bis auf einen Restbetrag auf der Insel fest, obwohl hier wie dort der Euro gilt.

Ist das die neue Bewegungsfreiheit?

Längst lassen Verantwortliche aus Politik und Bankwesen durchblicken, dass Zypern, wie es heißt, die „Blaupause“ sei für den Rest der Euro-Zone. Die Finanzminister haben beschlossen, dass nunmehr auf alle Konten zugegriffen werden könne, wenn die Bank pleite sei.

Neben alldem gab man uns ja noch viel größeres, ein historisches Versprechen:

Der Euro stabilisiere Frieden und Freundschaft unter den Völkern!

Die Wirklichkeit? Deutsche Fahnen brennen in Athen. In Madrid, Rom, Nikosia und Lissabon werden Hakenkreuze geschwenkt, die deutsche Regierungschefin mit Hitlerbart gezeitigt. Um ihr Projekt trotz dieses offenkundigen Scheiterns zu rechtfertigen, ziehen die Euro-Verteidiger sämtliche Register.

Krieg? Nein, falsche „Lehren aus der Geschichte“

Der luxemburgische Ministerpräsident und frühere Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, raunte erst vor wenigen Wochen, die Stimmung im Jahre 2013 erinnere ihn an die des Jahres 1913. Auch damals hätte in Europa niemand geglaubt, dass die Staaten des alten Kontinents in einem Krieg über einander herfallen könnten, so wie das heute auch niemand für möglich halte. Krieg? Krieg, wenn der Euro zerbricht?

Das klingt doch eher wie der hysterische Versuch, die Europäer, die Deutschen zumal, auf Linie zu zwingen, indem man sie bei ihren tief-sitzenden Ängsten packt.

Gestützt auf diese, ihre eigene Propaganda aber behaupten die Eurokraten unverdrossen, die Gemeinschaftswährung und der europäische Zentralismus seien die einzig vernünftigen Lehren aus der Geschichte.

Alle, die dagegen opponierten, würden nur die Fehler der Vergangenheit wiederholen, die alten Dämonen aufs Neue heraufbeschwören. Und was genau diese Lehren sind, die aus der Geschichte notwendig zu ziehen seien und die unabweisbar nur den Weg in den Euro-Zentralismus als Konsequenz erlaubten, das haben uns prominente Deutsche ungefiltert ins Gesicht gesagt.

Die Deutschen müssten eben zahlen, weil sie Millionen Juden ermordet hätten, beschied uns Altbundeskanzler Helmut Schmidt.

Die ganze europäische Integration sei doch nur gemacht worden, um Deutschland „einzubinden“, ließ der frühere EU-Erweiterungskommissar Günther Verheugen wissen.

Er hätte auch sagen können: Um Deutschland in den Schraubstock zu zwingen.

Und? Wäre das denn schlimm? Nein, offenbart uns Finanzminister Wolfgang Schäuble, denn Deutschland sei seit dem 8. Mai 1945 ohnehin keinen Tag mehr souverän gewesen. Gern hätte wohl angefügt: Und das ist auch gut so.

Dass dies alles richtig und gut ist, das sind die angeblichen „Lehren“, die nach den Worten seiner eigenen Verteidiger dem inneren Kern des Euro-Systems zugrundeliegen.

Aber sind es denn die richtigen Lehren?

Gehen wir noch einmal auf die düstere Auslassung des Herrn Juncker zurück: 1913!

Was war damals? 1913 gab es in Europa vier bis fünf Großmächte von weltweitem Rang, nämlich England, Frankreich, Deutschland, Russland und mit gewissen Einschränkungen noch Österreich-Ungarn. Diese Länder besaßen das Format von Weltmächten in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht.

Anfang des 20. Jahrhunderts hatten sich drei davon, nämlich England, Frankreich und Russland, zusammengetan mit einem zentralen Ziel: Ein starkes Deutschland verhindern.

Sie argumentierten damals wie die Verheugens von heute: Ein zu starkes Deutschland gefährde das „Gleichgewicht in Europa“ und sei daher sui generis eine Bedrohung. Es sei daher ein Dienst an Europa, wenn dieses Deutschland in die Schranken verwiesen würde.

Für dieses Ziel haben sie buchstäblich alles riskiert, und, wie wir heute sehen, haben sie dabei fast alles verloren. Denn blättern wir mal hundert Jahre weiter: Von den vier bis fünf europäischen Großmächten von weltweitem Rang ist keine einzige mehr geblieben. Das schon in Dekadenz begriffene Habsburgerreich wurde geschlachtet, Deutschland niedergeworfen, England und Frankreich büßten ihre Weltmachtrollen durch den Zerfall ihrer Kolonialreiche ein, Russland hat mit dem Ende der Sowjetunion seine sämtlichen Eroberungen seit dem 17. Jahrhundert wieder verloren.

Mit anderen Worten: Die Aggression gegen Deutschland 1914 hat eine fatale Dynamik in Gang gesetzt, an deren Ende Europa insgesamt in die zweite Reihe gesunken ist. Von dem Ringen der europäischen Flankennächte nach sogenanntem „Gleichgewicht“ auf Kosten Deutschlands haben am Ende nur Amerikaner und Asiaten profitiert.

Mit noch anderen Worten: Die gegen Deutschlands Stärke gerichtete Aggression der Entente-Mächte hat Europa mehr geschadet als alle Hunnen-, Türken- oder Tataren-Attacken zusammen. Die konnten alle abgewehrt werden, Europa nahm dabei an Stärke sogar zu. Die Fixierung auf ein angeblich zu starkes Deutschland hat nicht bloß der finstersten Figur der deutschen Geschichte den Weg geebnet, die ohne

Ersten Weltkrieg und Versailles Maler geblieben wäre. Sie hat Europa insgesamt ins Mark getroffen.

Hat man aus diesem historisch beispiellosen, selbstverschuldeten Niedergang eines Kontinents irgendetwas gelernt? Nein, im Gegenteil. Verbissen wird festgehalten am Schreckbild eines angeblich zu starken Deutschland als Hauptproblem Europas. Und erneut sind die europäischen Regierungen bereit, alles dafür zu riskieren, um ein krankes und falsches Euro-System durchzupeitschen, nur um dieses Deutschland, wie es euphemistisch heißt, „einzubinden“. Dieses Ansinnen, vorangetrieben vor allem vom französischen Präsidenten François Mitterrand, stand an der Wiege des Euro, und es bleibt seine Hauptaufgabe.

Ironischerweise ist von allen europäischen Ländern allein Deutschland zumindest in einer der drei Kategorien Weltmacht geblieben, in der Wirtschaft nämlich. Militärisch sind wir ein Totalausfall und politisch ist Germania zu einer Art europäischer Kinderzofe geschrumpft, die nur das Wohl der lieben Kleinen im Blick hat und von denen dafür herzlich gehasst wird.

In der Weltpolitik ist Berlin hingegen beinahe Provinz. Allein in der Wirtschaft also spielt ein einziges europäisches Land, Deutschland, noch in der ersten Reihe der Weltmächte mit.

Germanophobie wider die Realität

Und siehe da: Genau hier greift Brüssel an. Wie zum Beweis ihrer selbstzerstörerischen Germanophobie droht die EU-Führung allen Ernstes, Deutschland mit Strafzahlungen zu belegen, wenn es seine Exportstärke nicht selbst bekämpfe. Angeblich bedrohe die deutsche Exportstärke die schwächeren europäischen Partner, ja, verhindere deren Gesundung, weil die Deutschen diese Länder mit ihren Waren überschwemmen.

Die Zahlen sagen etwas anderes: Mitte der 90er Jahre entfielen satte 46 Prozent des deutschen Exports auf die Länder, die heute den Euro haben. Dieser Prozentsatz ist seitdem rasant auf deutlich unter 40 Prozent abgestürzt. Dies bedeutet: Deutschland macht seine Geschäft in wachsendem Maße längst anderswo.

Und nicht die spanische oder zyprische Industrie ist ihr Konkurrent, sondern Japan, China, Brasilien, Indien, die USA oder andere, außer-europäische Staaten.

Dennoch soll der deutsche Exportüberschuss mit drakonischen Strafmaßnahmen begrenzt werden, wenn es nach Brüssel geht. Sie haben wirklich nichts gelernt von 1914 und aus dem Verhängnisfrieden von Versailles.

Aber wie stellt Brüssel sich das eigentlich praktisch vor?

Der deutsche Exportüberschuss kann nur auf drei Wegen künstlich gesenkt werden:

Erstens: Die europäischen Mitbewerber steigern ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit auf deutsches Niveau. Danach sieht es bei den meisten Ländern nicht gerade aus.

Zweitens: Der deutsche Fiskus erhöht die Binnennachfrage, indem er die Steuern drastisch senkt. Daran aber denkt in Berlin niemand. Auch, weil schließlich immer mehr Geld benötigt wird, um Lasten von anderen EU-Partnern zu übernehmen. Hier stehen sich zwei Forderungen aus Brüssel gegenseitig im Wege.

Drittens: Die deutsche Regierung greift direkt ein, um die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu bekämpfen. Wie das konkret geschehen soll, kann ich mir im Moment nur schwer vorstellen.

Aber was auch geschehen soll, die Resultate werden, wenn die Aktion gelingt, in die gleiche Richtung gehen wie vor hundert Jahren:

Wie schon in der Vergangenheit wird die Attacke auf Deutschland nicht den übrigen Europäern zugutekommen. Es werden erneut Amerikaner und Asiaten sein, die jenes Terrain auf dem Weltmarkt besetzen werden, welches die Deutschen auf Druck aus Brüssel räumen sollen.

Lehren aus der Geschichte? Nichts davon! Vielmehr entfaltet sich vor uns, was dabei herauskommt, wenn ein von Propaganda verseuchtes Geschichtsbild zur historischen Gewissheit erklärt und zum Maßstab des Handelns gemacht wird:

Maastricht, das sei „Versailles ohne Krieg“, titelte der Pariser „Figaro“ vor 20 Jahren. Unklar ist, ob dies triumphierend gemeint war oder als Warnung. Einiges spricht leider dafür, dass viele der angeblich so geschichtsbewussten Köpfe in England und Frankreich bis heute nicht begriffen haben, was „Versailles“ war. Nicht der Triumph ihrer Länder, sondern ein zentraler Akt im Harakiri eines ganzen Kontinents, bei dem England und Frankreich als erste das Messer führten.

Und so darf es nicht verwundern, wenn sich die Geschehnisse von damals und heute auf beklemmende Weise reimen: Millionen Europäer außerhalb Deutschlands sind es, die ihre Existenz durch das Euro-

System zusammenbrechen sehen. Mancherorts werden bereits ganze Generationen als „verloren“ abgehakt. Das alles, um mit Verheugen zu sprechen, „um Deutschland einzubinden“. Was für ein selbstzerstörerischer Irrsinn!

Fassen wir zusammen: Der Versuch, Deutschland zu paralisieren durch die Abschaffung der D-Mark hat europaweit Not und Elend verursacht, Hass erzeugt, und er bedroht Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Wohlstand der europäischen Völker.

Legitimiert und politisch begründet wird das Desaster mit einer weiterhin verblendeten Sicht der europäischen Wirklichkeit, welche die europäischen Flankenmächte Anfang des 20. Jahrhunderts erfasst hatte, und die bis heute gepflegt wird, nunmehr auch von deutschen Politikern. Wem all das, was er täglich atemlos zur Kenntnis nehmen muss über den Fortgang der europäischen Krise, nur noch bizarr vorkommt, der liegt in seinem Gefühl durchaus richtig: Was er nämlich erlebt, ist nichts weniger als die apokalyptische Geisterfahrt durch einen historischen Mythendschungel.

Doch es ist nun einmal so, dass sich die Wirklichkeit vom Irrtum keine Befehle erteilen lässt. Wer von falschen Annahmen ausgeht, der kann auch nur falsche Schlüsse ziehen.

In der Ausweitung und Verschärfung der Euro-Krise wird nur die Kluft sichtbar zwischen dem historischen Irrtum und der Realität. Diese Kluft wird breiter und tiefer, je länger die Euro-Geisterfahrt fortgesetzt wird. Und immer mehr Menschen und ganze Völker stürzen hinein.

Widerstand regt sich

Doch die Völker beginnen, ich erwähnte es, sich zu wehren. Zumindest in anderen Ländern.

Dass ausgerechnet in Deutschland bis vor kurzem eine eigentümliche Ruhe zu herrschen schien, ist ob der zentralen Rolle, welche das falsche Deutschlandbild in dem großen Irrtum spielt, eigentlich erstaunlich. Vielleicht liegt das daran, dass die Deutschen jenen Mythos, dass ein starkes Deutschland per se eine Bedrohung für Europa sei, selbst mit am eifrigsten verinnerlicht haben.

Dennoch müsste es angesichts der Offensichtlichkeit des Desasters und der am Horizont aufscheinenden, wachsenden Bedrohungen auch in Deutschland längst eine breite Protestbewegung geben.

In etlichen Artikeln haben sich Autoren der Preußischen Allgemeinen Zeitung, darunter auch ich selbst, die Frage gestellt, warum die Deutschen das sich vor ihnen auftürmende Unheil der Euro-Krise mit solchem Gleichmut quittieren.

Während in anderen Ländern – siehe Italien – das gesamte Parteiensystem aus den Angeln gehoben wird, geschah in Deutschland bislang so gut wie nichts. Ausgerechnet in jenem Land, dessen Haftungsrisiken ins Unermessliche wachsen, dessen Volk wie kein anderes am Ende die Zeche wird zahlen müssen.

Spätestens seit gestern aber wissen wir, dass die Ruhe nur oberflächlich war. Der Gründungsparteitag der „Alternative für Deutschland“, „AfD“, markiert den Übergang vom murrenden Unbehagen zum offenen Widerstand.

Der erstaunliche Aufstieg der AfD legt eine weit gediehene Entfremdung zwischen weiten Teilen des Volkes und der sogenannten Elite in Politik und Medien frei. In wenigen Wochen wuchs die neue Formation auf bald 8000 Mitglieder an. In einer von der „Welt“ veröffentlichten Umfrage gaben sieben Prozent an, die AfD „sicher“ wählen zu wollen, weitere 17 Prozent ziehen es in Erwägung.

Sollte die AfD nur wenige Monate nach ihrer Gründung in den Bundestag einziehen, stellte dies sogar die Erfolgsgeschichte der Grünen in den Schatten, die bei ihrem ersten Wahlantritt im Oktober 1980 noch unter zwei Prozent blieben und erst zweieinhalb Jahre später, im März 1983, den Sprung ins Bundesparlament schafften.

Dass die AfD im Bundestag die große Wende in der Euro-Politik erzwingen kann, das indes mögen sich nicht einmal ihres feurigsten Anhänger erträumen.

Doch wenigstens gäbe es dann eine Opposition zu dem Irrtum, eine Alternative für die Wähler und einen Gradmesser für ihr Unbehagen. Überdies wächst bereits der Einfluss der wenigen eurokritischen Stimmen in den übrigen Fraktionen infolge der Neugründung. Denn mit der AfD im Parlament böte sich ihnen tatsächlich im Sinne des Wortes eine Alternative, falls sie in der eigenen Partei kaltgestellt werden sollten. Allein diese Aussicht wird den Führungen der Euro-Parteien Anlass sein, pfleglicher mit ihren Euro-Dissidenten umzugehen. Wir erinnern uns: Mit Zähnen und Klauen wollten die Fraktionsführungen erzwingen, dass Männern wie Frank Schäffler oder Klaus-Peter Willisch kein Rederecht bei der Debatte um den ESM gewährt wird. Allein der

Prinzipientreue des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert war es geschuldet, dass dieser Versuch misslang.

Auch wird die AfD das demokratische System festigen. Denn ohne parlamentarische Vertretung könnten sich die breiten, eurokritischen Teile im Volk auch ganz von der Republik abwenden.² In einigen europäischen Ländern sind bereits Tendenzen einer bedenklichen Radikalisierung erkennbar.

Leute, die es wissen müssen, sehen Europa bereits an der Schwelle zum Bürgerkrieg. Auch wir in Deutschland lebten nur in einer Scheinstabilität, mahnte Wolfgang Hetzer³ vergangenen Donnerstag (11.04.13). Hetzer war lange Jahre an führender Stelle bei der EU und im Kanzleramt tätig, bei letzterem für die Aufsicht über den BND. Er ist also jemand, der Einblick hat.

2 Ergänzung zur AfD und ihren Zielen von H. Heckel:

„Die Alternative‘ nähme vor allem Union und FDP Stimmen weg und ebnete damit womöglich Rot-Grün den Weg, mahnen Medien und Politiker des etablierten bürgerlichen Lagers. Dabei wird ausgeblendet, dass Union und FDP in den vergangenen Jahren vor allem ans Lager der Nichtwähler verloren haben. Gelingt es der AfD, jene Menschen zurückzuholen an die Urnen, würde dies das bürgerliche Lager auch insgesamt stärken. Angeführt von der „Bild“-Zeitung werden überdies Horrorszenerarien für den Fall gezeichnet, dass die D-Mark zurückkehre. Tenor: Dann bräche der deutsche Export zusammen. Wirtschaftswissenschaftler weisen dies als Angstmache zurück. Der deutsche Export leide vor allem, weil wichtige Absatzmärkte in Europa Euro-bedingt in der Krise seien. Auch exportiere Deutschland keine Billigprodukte, bei denen es vor allem auf den Preis ankomme, sondern Hochwertiges, bei dem die Qualität entscheide. Überdies bestehe ein Großteil der deutschen Importe aus Rohstoffen und Vorprodukten, die zuvor eingeführt worden seien. Deren Einfuhr würde mit einer aufgewerteten D-Mark sofort günstiger. Die Geschichte gibt den Euro-Kritikern auch hier recht: In keinem Jahrzehnt wertete die D-Mark so stark auf wie in den 1970er Jahren. Doch in keiner Dekade wuchs auch der deutsche Export so stark wie damals. Die AfD betreibt zudem keineswegs die Wiedereinführung der D-Mark um jeden Preis. Sie nimmt dies bloß als letzte Möglichkeit, vorziehen tut die neue Partei kleinere Währungsverbände. Zudem solle ein Übergang schrittweise, nicht abrupt vorstangehen, um Irritationen zu vermeiden.“ (*Preußische Allgemeine Zeitung* v. 20.04.2013, S. 1)

3 Anm. d. Red. gem. http://www.cleanstate.de/Lebenslauf_Dr._Wolfgang_Hetzer.html: Dr. iur. W. H., Jg. 1951, war Referatsleiter im Bundeskanzleramt (Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst: Organisierte Kriminalität, internationale Geldwäsche, Massenvernichtungswaffen, strategische Telekommunikationsüberwachung). Wurde vom Dienst suspendiert, weil er in der Fachzeitschrift („der kriminalist“ 2001, 14 ff.) in seiner Darstellung von Gesetzesvorhaben zur Terrorismusbekämpfung die etwas holprige akademische Sozialisation des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily durch Zitate aus seiner Biographie erwähnte. Wurde gegen den Widerstand des Kanzleramtes im EU-Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) Abteilungsleiter für strategische Informationssammlung/Risikoabschätzung und Berater des Generaldirektors des OLAF für Korruptionsbekämpfung. Schrieb u.a. das Buch „Rechtsstaat oder Ausnahmezustand – Souveränität und Terror“ (2008).

Hetzer mahnt: „Die Schwelle zum Bürgerkrieg wird dann überschritten, wenn die Leute begreifen, was mit ihnen passiert. Wenn sie erkennen, wer die Rechnung bezahlt für diese misslungene Politik und die Anmaßung der Finanzindustrie.“ Dann, so weiter, könnten sich auch die deutschen Schafe in reißende Wölfe verwandeln.

Einem solchen Szenario ist eine überlegte, verantwortungsbewusste Opposition, wie sie die AfD sein will, allemal vorzuziehen. Revolutionen, rabiate Umstürze und ihre „Wölfe“ haben in der Geschichte zu häufig Emotionen und Personen hochgespült, denen ich Deutschland nicht gern ausgeliefert sähe.

Katastrophe abwendbar

Am Schluss bleibt die Frage: Ist es für den reformerischen, verantwortungsvollen Weg aus dem Euro-System vielleicht schon zu spät? Ist die von Wolfgang Hetzer gezeichnete Katastrophe schon unabwendbar? Nein, in der Geschichte war und ist es niemals zu spät.

Indes gilt: Je rascher wir zu einer Alternative zu der europäischen Geisterfahrt gelangen, desto eher lässt sich der bereits angerichtete, ohnehin gigantische Schaden begrenzen. Je länger hingegen der Irrtum fortgesetzt wird, desto tiefer werden Deutschland und Europa ins Fiasko stürzen.

Der Publizist Claus-Michael Wolfschlag⁴, wie ich in den 60er Jahren geboren, sagte mir einmal bei einem Gespräch am Rande der Frankfurter Buchmesse: „Heckel, unsere Eltern sind in den Ruinen aufgewachsen und im Wohlstand alt geworden. Unsere Generation nimmt den entgegengesetzten Weg.“

Es liegt auch an uns, ob diese düstere Prophezeiung wahr wird. Wie gesagt: Es ist nie zu spät. Doch Tatenlosigkeit, auch das lehrt die Erfahrung, wurde von der Geschichte noch immer hart bestraft.

Also sollten wir alle helfen, den Protest voranzutreiben, unsere Meinung zu sagen, unsere Kenntnisse darüber, was gerade passiert und was dahintersteckt, zu vervollkommen, und jene zu unterstützen, die sich in diesem Sinne ins ruppige Geschäft der Politik stürzen.

Freiheit oder Zentralismus? Wie ich darstellen wollte, geht beides, auf dem bislang beschrittenen Pfad zumal, nicht zusammen. Der

⁴ Anm. d. Red.: Autor von „Bye-Bye 68...: Renegaten der Linken, APO-Abweicher u. allerlei Querdenker“

Webfehler liegt darin, dass es keine demokratische Struktur von EU und Euro-Zone gibt.

Denn die konnte auch gar nicht entstehen, weil es das zentrale, aus falschem historischen Bewusstsein geschöpfte Ziel war, vor allen Dingen ein Land, das größte, nämlich Deutschland, zu bezwingen.

Aus dem Wunsch nach Zwang aber kann niemals Freiheit entstehen.

Es gilt also, Europa neu zu denken, es aus der Umklammerung falscher Ziele und falscher Schlüsse aus fehlgeleiteten „Lehren“ zu befreien.

Dann, aber erst dann, stellt sich die Frage von Freiheit und europäischer Integration ganz neu.